

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil
Begründer 1856

Preis: 10 Pf. (einschl. Porto) monatlich 3.00 Mk. (einschl. Porto) vierteljährlich 8.00 Mk. (einschl. Porto) halbjährlich 15.00 Mk. (einschl. Porto) jährlich 30.00 Mk. (einschl. Porto) für 12 Monate. Einmalige Beiträge: 1.00 Mk. (einschl. Porto) für 3 Monate, 2.00 Mk. (einschl. Porto) für 6 Monate, 3.00 Mk. (einschl. Porto) für 12 Monate. Abbestellen: 14 Tage vorher. Adressänderungen: 14 Tage vorher. Drucker: Druck- und Verlagsanstalt 'Dresdner Nachrichten', Dresden, Postfach 1000. Telefon: 1234. Telegramm: 'Dresdner Nachrichten'.

Druck u. Verlag: Dietrich & Wiedemann, Dresden, Postfach 1000. Telefon: 1234. Telegramm: 'Dresdner Nachrichten'.

Reichskanzler von Papen:

Grundlagen zum Neubau des Staates

Papens Programm

Die Programmrede des Reichskanzlers hat die hoch gespannten Erwartungen der letzten Tage vollumfänglich erfüllt. Sie bietet der Nation und der Welt ein klares Bild der nationalsozialistischen Politik, wie im eigentlichen wirtschaftsprogrammatischen Teil. Das der Kanzler diese Gelegenheit zu einer Antwort an Hitler benutzte und dabei gleichzeitig seine Absichten dem feindselig gesinnten Reichstag klären würde, war allgemein erwartet worden. Er ging auch gleich am Beginn seiner sehr scharf formulierten Ausführungen auf dieses Ziel los, indem er nach einigen Bemerkungen über die Grundzüge der neuen Staatsführung von weltanschaulich-konservativer Grundlage aus zu dem Streik um die Weimarer Todesurteile Stellung nahm. Dabei stießen Worte gegen die nationalsozialistische Auffassung, die an Heftigkeit den Erklärungen Hitlers wohl gleichkommen. Unter dem Vorbehalt, daß mit seinem Bekenntnis zur absoluten Objektivität der Frage der Weimarer Urteile nicht vorgreifen werden könne, lehnte der Reichskanzler alle Forderungen nach Berücksichtigung nichtjuristischer Motive in der Rechtsprechung ab, weil diese sonst zum Kampfmittel von Parteien und Fraktionen würde. Auf die scharfen persönlichen Worte gegen den nationalsozialistischen Führer folgte der Verweis auf seine Bewegung wieder Erklären zu schlagend mit dem Anerkenntnis ihrer nationalen Verdienste — ohne die Vorarbeit des Nationalsozialismus gäbe es ja schließlich gar keine Regierung Papen — und mit dem Ausdruck des Wunsches, daß sie nicht in ihrer jetzigen oppositionellen Haltung beharren möge. Herr v. Papen würde aber in einen neuen Irrtum über den kämpferischen Charakter der Hitlerbewegung verfallen, wenn er ernstlich glauben sollte, daß diese schwache Brücke für eine Verständigung tragfähig ist.

Auch der letzte Teil seiner Rede, in dem er noch einmal auf das Thema zurückkam, zeigte eine Zuversicht, über deren Berechtigung man einige Zweifel hegen kann. Er fordert darin freien Lauf für eine unabhängige autoritäre Regierung, samt einmaligen Störungen seines Wertes durch die Parteien scharfe Abwehr an und beruft sich zur Verteidigung dieses Vorgehens auf das Vertrauen des vom Volk gewählten Reichspräsidenten. Nur das im Hintergrund stehende Spukbild einer regelrechten schwarz-braunen Koalition mag dem Kanzler annehmend noch Bedenken. Er teilt aber den allgemeinen Unglauben an ihre Möglichkeit und erklärt sie gewissermaßen als gegen die guten Sitten des politischen Lebens verstoßend, weil in einer solchen Regierungsgemeinschaft beide Partner, das Zentrum und die Nationalsozialisten, nur einander zu vernichten trachten würden. Und für solche Rollenspiele sei Deutschland nicht zu groß. Das ist gewiß richtig; will aber der Reichskanzler damit sagen, daß er eine schwarz-braune Mehrheit, wenn sie trotzdem zustande käme, nicht anerkennen und an der Machtergreifung verhindern würde? Das wäre kaum zu vereinbaren mit der fast im gleichen Atemzuge wiederholten Versicherung, daß die gegenwärtige Präsidialregierung zwar im Amt bleiben und ihren wirtschaftlichen zwölf-monatigen Plan durchzuführen, aber doch dem Reichstage gegenüber die Verantwortung einhalten würde. Soll das heißen, daß das Reichsparlament alle Vierteljahre aufgelöst wird, bis es gefällig oder das Werk der Regierung vollendet ist? Alle diese Mittel bleiben ungelöst, und der Erfolg der politischen Andeutungen des Kanzlers dürfte zunächst nicht eine Entspannung, sondern eher eine weitere Verschärfung der Lage sein.

Wesentlich hofft er, mit dem wirtschaftspolitischen Hauptteil seiner Rede die parteipolitischen Widerstände überwinden zu können. Der Inhalt des darin skizzierten Programms für Arbeitsbeschaffung ist in der Tat über die Ankündigungen hinaus großzügig, tiefgreifend und unwillkürlich. Es paßt das Zentralproblem der deutschen Not mit so klugen Griffen an, daß keine Partei aus egoistischen Gründen ohne sachliche Stellungnahme daran vorbeigehen kann. Dazu kommt der Ueberraschungserfolg, der einer weitherum durchgeführten Geheimhaltung, ja, man möchte fast sagen, einer gewissen Irreführung der öffentlichen Meinung zu verdanken ist. Tagelang hat man die Presse ohne Widerspruch und Dementi über alle möglichen Pläne von Zwangsanleihen, Vermögensabgaben, Zinsenkürzungen und staatssozialistischen Entwürfen orakeln lassen und hinter diesem Rauch ein ganz anderes Feuer angezündet. Zunächst ist anzuerkennen, daß die Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosennot schon ihrem Umfang nach über alle bisher zur Anwendung gebrachten Methoden weit hinausgehen. Notstandsarbeiten für einige hundert Millionen wären ein schnell verdampfender Tropfen auf den heißen Stein gewesen; das 24-Milliarden-Programm bietet bei richtiger und schneller Durchführung mehr Aussicht, die allg. eine Wiederbelebung der Wirtschaft herbeizuführen. Es besteht auf den ersten Blick durch seine Unvollständigkeit, weil es nicht an einem Punkt den Hebel ansetzt, son-

Die Rede auf der Tagung in Münster

Münster, 28. August. Auf der Tagung der Westfälischen Bauernvereine in Münster entwickelte Reichskanzler von Papen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Er führte folgendes aus:

Sie haben mich hierher gerufen als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereines und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Die Worte, die ich hier an meine alten Freunde und Berufsgenossen richte, gelten zugleich dem ganzen deutschen Volke. Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, hier zu bekennen, daß ich mich auch in meinem jetzigen Amte nicht von den Gräften des Oktombadens lösen will, daß mir im Gegenteil daran liegt, aus der mütterlichen Erde neue Kräfte zu gewinnen, um dem ganzen Volke und dem großen gemeinsamen deutschen Vaterlande zu dienen. Die Aufgaben der Regierung, die zu leisten ich die Ehre habe, beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit.

Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates.

Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Aufgaben der Gegenwart eingehe, einige Worte über die Grundlagen einer neuen Staatsführung sagen. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge dieser Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung sind. (Gruß!) Das nenne ich konservativ. Die Pflege der Erbschaft in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen, denn aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Der konservativ Mensch unterwirft sich gläubig den bestehenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in Familie, im Volk und im Staate gegeben sind. Kultur und Wirtschaft stehen für ihn nicht im Vordergrund, sondern im Dienste der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Eigentum verpflichtet ihn ebenso zum Dienst an der Gesamtheit des Volkes wie ein Amt des öffentlichen Lebens. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinwohl dienen.

Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität begründet ist.

Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Berechtigt ausgehen kann und alle Ordnungen der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt finden können. Sie darf kein Spielball sein für die Kämpfe der Parteien, weder für Parteien noch für Einzelgruppen, und jeder Schritt, meine Freunde, den wir an der Erlangung einer wahrhaft unabhängigen, dem Dienste des ganzen Volkes gewidmeten Staatsführung tun können, ist eine Erfüllung des Berufs einer Staatsführung, daß auf Autorität und auf Berechtigt beruht. Diese Grundzüge christlich-konservativer Gesinnung, die zugleich die Grundzüge unseres Staatswesens sind und sein müssen, müssen

den von allen Seiten aus eingreift. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben, doch dürfte die neue Art der Finanzierung lebhafte Diskussionen auslösen. Die Regierung will im Betrage von 2,2 Milliarden Steuern, anrechnungsbefreiung ausgeben auf Umsatz- und Realsteuern, die erst in den nächsten Jahren fällig werden; sie will diese Summen also gewissermaßen diskontieren und sofort als Kreditmittel nutzbar machen. Davon sollen 1,4 Milliarden der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung zuzuführen und unter der Führung des aufgestauten Bedarfs der Erwerbslosen die Kaufkraft erhöhen; mit weiteren 700 Millionen sollen Betriebe, die Arbeitslose neu einstellen, prämiert werden. Seiner ist der Reichskanzler in seinen Ausführungen über diese wichtigsten Punkte der technischen Ausgestaltung so schnell hinweggegangen, daß man sich über die Einzelheiten nicht sofort ein klares Bild machen konnte. Erst wenn Erläuterungen oder die angeforderten Verordnungen vorliegen, wird man darüber genauer unterrichtet werden.

Für die erste Beurteilung ist es aber wichtig, daß der Inhalt nicht nur von der Kapitalseite, sondern auch von der Arbeitseite aus erfolgt, und zwar durch eine allgemeine Auflockerung des ersparten Tarifsystems. Der von den Gewerkschaften und den Schlichtungsinstanzen herbeigeführte Scheinismus wird abgebaut zugunsten von Regelungen, die den regionalen und örtlichen Verhältnissen besser angepaßt sind. Darüber hinaus will die Regierung durch Verordnung sogar die Unabhängigkeit der Tarifverträge teilweise beseitigen, und zwar sollen die Arbeitgeber auf dem Wege über Arbeitsvereinbarungen zu einer niedrigeren als der tarifmäßigen Entlohnung berechtigt werden, wenn sie bereit sind, zu dem ermäßigten Lohn entsprechend mehr Arbeiter als bisher zu beschäftigen. Das ist ein neues Opfer, das den noch Beschäftigten zugunsten der Arbeitslosen auferlegt wird, aber man hofft doch einen allgemeinen Vorteil zu erzielen dadurch, daß im ganzen höhere Lohnsummen zur Auszahlung kommen und somit

klarer herausgestellt werden, weil sie heute auf stärkste bedroht sind.

Den Urteilen in Orlau und Weitzen

Ich von rechts und von links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechtes gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechtes zu stellen. Im politischen Kampf soll Zuzahlung und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne. Auch wenn sie von den Nationalsozialisten ausgesprochen wird, ich bekenne mich zum Glauben an alte Rechtsformen, an denen auch der alte preussische Grundgesetz geformt ist: Jedem das Seine. Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Fesseln einordnet.

Die Rücklosigkeit, die aus dem Ruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, verleiht nicht an den Ansprüchen auf die Staatsführung.

Ich gehe ihm nicht das Recht zu, die Weimarer in Deutschland, die seinen Namen folgt, als die Deutschen, und alle übrigen Volksgenossen als Fremde zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Autoritätsstaatsführung einträte, so verfolge ich nicht er das Ziel, das Willkür seiner Anhänger im Kampf gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit hellem Degen herbeigeleitet haben. Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches freizumachen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußt schroffen Gegenstand zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Daber deutschen Blutes, der uns in entscheidenden Stunden der Weimarer schon so oft um den Rücken und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute härter sein als unter Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, die einläufig der Urteile in Orlau und Weitzen ist erhoben, möchte man es fast glauben. Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preussische Staatsregierung wird sie, unterteilt von politischen Äußerungen, nach den Grundätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber die Anerkennung des gleichen Rechtes, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen.

Ich bin fest entschlossen, die schwelende Blut des Bürgerskriegs anzutreten und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden.

Der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die eigentliche Aufgabe der Reichsregierung beruht.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

eine weitere Stärkung der Kaufkraft eintritt. Die Sozialdemokratie wird zwar gegen diese Programmpunkte besonders heftig ansetzen; sie würden aber trotzdem ihre Rechtfertigung finden, wenn es, wie vorgesehene, durch die Gesamtheit der geplanten Maßnahmen gelänge, in kurzer Zeit fast zwei Millionen Arbeitslose in Lohn und Brot zu setzen. Dann wäre die Hoffnung nicht unbegründet, daß jeder neu Verdienende allmählich einen anderen Erwerbslosen in den Arbeitsprozess nach sich zieht. Die sonstigen Ankündigungen des Kanzlers entsprechen mehr oder weniger den Voraussetzungen. Der Landwirt ist nicht eine binnenwirtschaftlich orientierte Handelspolitik unter teilweiser Vernichtung des Kontingentierungsprinzips in Aussicht gestellt, gleichzeitig wären einseitige Antarktisendungen, die exportfähig wären, abgelehnt. Die Zinsabwertung soll nicht durch eine generelle Regelung, sondern unter Berücksichtigung individueller Verhältnisse auf privatwirtschaftlichem Wege vorwärtsgetrieben werden. Nicht nur im Zusammenhang mit diesem Problem, sondern ganz allgemein fällt es auf, wie scharf sich der Kanzler von allen Gerüchten über staatswirtschaftliche und staatssozialistische Tendenzen der Regierung absetzt und demgegenüber die Förderung der privatwirtschaftlichen Initiative betont. Ebenso energisch war seine Abwehr der Angriffe gegen die preussische Verwaltungsreform. Ueber alle Einprüche hinweg werden für die nächsten Tage neue Umwälzungen in Preußen angekündigt, und dann soll die Reichsreform und der verfassungsmäßige Staatsumbau an die Reihe kommen. Die kombinierte Reichs- und Preußenregierung nimmt für sich in Anspruch, auf diesem Gebiete ohne viel Reden mehr geleistet zu haben, als alle ihre Vorgängerinnen, und vertritt, in diesem Tempo auch fortzuführen. Ihr neuer Anlauf ist stark und vielversprechend, aber erst nach dem Zusammenstoß mit dem Reichstag in den nächsten Tagen wird man die Aussichten klar beurteilen können.

nsrer
t ist es
engen
zu er
sen zu
enheit,
dürfen
0.48
0.95
1.95
1.95
0.48
0.98
2.25
1.75
1.95
1.75
0.58
0.95
0.50
0.25
enner